

753 Tote durch islamischen Terror in der EU



Die größte Gefahr ist der Terror von rechts – deutsche Politiker des linken Spektrums von der CDU bis zu den Altkommunisten der Linkspartei werden nicht müde, das immer wieder zu behaupten. Ist das so? Nein. Das belegt ein „Weiß- und Schwarzbuch des Terrorismus in Europa“, das jetzt vorgestellt wurde, wie Le Figaro berichtet.

Das Buch wurde auf Initiative der spanischen Europa-Abgeordneten Maité Pagazaurtundua von der Partei „Unión Progreso y Democracia“, die zur Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) gehört, in Auftrag gegeben. Pagazaurtundua ist auch Präsidentin einer Stiftung für Terroropfer.

Der Report stellt auch fest, dass zwischen 2000 und 2018 weitere 1115 Europäer, darunter Touristen und Militärangehörige, weltweit Opfer von Terroranschlägen wurden. Insgesamt fielen 91 Prozent der Opfer islamischen Terroranschlägen zum Opfer, ein Fünftel davon kam durch Selbstmordattentäter ums Leben.

Die Opferzahl bei nicht-islamischem Terror, sondern anderweitigem politischen Terror war weitaus niedriger. Rechtsextremisten und Linksextremisten ermordeten in der gleichen Zeit jeweils 13 Menschen.

Besonders Spanien litt unter dem Terror. 268 Opfer wurden zwischen 2000 und 2018 hier gezählt, in Frankreich waren es

263.

Elizabeth Pelsez, Terroropfer-Beauftragte der französischen Regierung, ergänzte, man dürfe nicht nur die nackten Zahlen sehen, das „Weiß- und Schwarzbuch“ sei auch ein Gedenken an die Opfer des Terrors. „Die Opfer zu vergessen ist das Allerschlimmste“, ergänzte die Politikerin, „wir dürfen nicht vergessen, dass es nicht nur die Toten sind, an die man denken muss, sondern auch an all jene, die Verletzungen oder seelische Schäden davontrugen. Das sind pro Totem zwischen zehn und 20 weitere Personen“, so Pelsez, die damit einen klar anderen Umgang mit den Opfern des Terrors verlangt, als er in Deutschland – zum Beispiel mit den Opfern und Angehörigen des islamischen Terroranschlages auf dem Berliner Breitscheidtplatz – von der Merkel-Regierung gepflegt wird.